Nr. 74 Sonnabend, den 2. April 1910 9. Jahrgang

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Ausgabe A.: Mit „Die Zeit in Wort und Bild" vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,52 M.
Ausgabe B.: Ohne illustrierte Beilage viertelj. 1,80 M. In Dresden d. Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,22 M. — Einzel-Nr. 10 ₰. — Zeitungspreisl. Nr. 6858.

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit

Inserate werden die gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 15 ₰, Reklamen mit 50 ₰ die Zeile berechnet, bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt.
Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher 1366
Für Rückgabe unverlangt. Schriftstücke keine Verbindlichkeit
Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Die Wahrheit über den Balkanbund.

Unser Mitarbeiter in Konstantinopel schreibt uns unter dem 30. März:

Es gibt zwei Gesichtspunkte, von denen aus die jüngsten Vorgänge auf der Balkanhalbinsel beurteilt werden können. Der Orientale, gleichviel ob Slawe, Türke, Grieche oder Armenier, ist leicht erregbar, schnell zu entflammen, so daß er heute das Unmögliche als Spielerei ansieht, aber schon morgen bei der kleinsten Schwierigkeit wieder alle Pläne und Hoffnungen fallen läßt. Wollte man dieser fluktuierenden Sinnesart der Orientalen die Durchführung großer Ideen überlassen, so würden sie niemals Leben gewinnen und brauchten niemanden zu schrecken. Wenn aber hinter der wankelmütigen, schwerfälligen und doch so leicht erregbaren Masse der Orientalen ein starker unbeugsamer Wille steht, der sich durch hunderte wohldisziplinierter Agenten und durch ebenso viele planmäßig gezogene Kanäle Geltung zu verschaffen weiß, so läßt sich diese orientalische Masse willenlos und fast unbewußt auf ein bestimmtes Ziel hinleiten.

So geht es jetzt mit dem Plane des Balkanbundes: Man will sechs Völkerstämme, die seit Jahrhunderten nichts anderes zu tun hatten, als sich gegenseitig zu zerfleischen, zu einer Politik gegenseitiger Hilfeleistung zwingen. Man treibt sie heute in den Rausch der Verbrüderung, während morgen der alte Haß und das tödliche Mißtrauen wieder mit aller Heftigkeit losbrechen. Daher heute die Umarmung der Türken mit den Bulgaren und morgen wieder das Gemetzel zwischen den beiderseitigen Grenzposten. Daher heute die Verstärkung der türkischen Truppen an der griechischen Grenze und morgen die Meldung, König Georg werde dem Sultan einen Besuch abstatten. Heute der bulgarische Freudentaumel über die glänzende Aufnahme des Königs Ferdinand in Konstantinopel, morgen der bittere Spott über die Verbeugung vor dem türkischen Chauvinismus. Heute der Jubel der Serben über den endlichen Empfang ihres Königs am Zarenhofe, morgen die Jeremiaden über die angebliche Bevorzugung der Bulgaren. Wer sollte da zweifeln, daß der Balkanbund für immer eine Chimäre sei?!

Und doch zwingt der dahinterstehende eiserne Wille alle diese widerspänstigen Kräfte in ein und derselben Bahn vorwärts. In allen Hauptstädten der Balkanländer beugen sich die maßgebenden Staatsmänner trotz aller Dementis diesem Willen und Schritt für Schritt kommt man dem Ziele näher. Auch der Zar beugt sich diesem Willen, so sehr es ihm widerstrebt, die Zaunkönige des Balkans als gleichberechtigte Vettern zu behandeln, und den türkischen Großherrn, den Erbfeind der russischen Weltmachtsträume, in seiner Kalifenwürde neu zu befestigen. Der Sitz dieses Willens ist London, wo man den künftigen Balkanbund als unerläßliches Glied in der Kette der bekannten Einkreisungspolitik erklärt hat. Als bei der Zusammenkunft in Reval König Eduard den Zaren Nikolaus für diese Politik gewonnen hatte, entsandte Kaiser Wilhelm den General von der Goltz nach Konstantinopel, um Abdul Hamid für ein Schutz- und Trutzbündnis zu gewinnen und dem Prinzen Burrhan-Eddin die Hand einer deutschen Prinzessin anzubieten. Damals war Gefahr im Verzuge und England spielte den großen Trumpf der jungtürkischen Revolution aus. Die neue Türkei sollte und mußte ein sicherer Exponent der englischen Politik werden, und der Zar selbst mußte seine Balkanvasallen zu Schildträgern der neuen englischen Hilfsmacht drängen.

Die Widerstände innerhalb der Türkei gegen die verlangte Aussöhnung waren übergroß und auch heute noch widerstrebt fast alles dieser Richtung. Und doch fügt man sich. Als Schrittmacher für König Ferdinand erschien in Konstantinopel Herr Goldstein, Chefredakteur des Petersburger „Rußkoje Slowo". Der Herr gehört also zu dem „unterdrückten" Volke und ist doch der journalistische Leiter der neurussischen Weltpolitik auf englischen Befehl. Herr Goldstein besuchte der Reihe nach alle jungtürkischen Parteihäupter und zwang dieselben zu einem offenen Bekenntnis zugunsten des Balkanbundes. Deren Erklärungen wollte er an sein Blatt in Petersburg schicken, zugleich aber teilte er dieselben sämtlichen Zeitungen, Berichterstattern und diplomatischen Vertretern in Konstantinopel mit, damit nur ja die ganze Oeffentlichkeit in diesem Sinne bearbeitet würde.

Zuerst suchte er den Kammerpräsidenten Achmed Riza heim, der ihm bestätigen mußte, daß er seit einem Jahrzehnt die Idee einer Balkanföderation, der auch Rumänien und Griechenland beitreten solle, vertreten habe. Er wisse genau, daß die Fremden die Balkanvölker nur deshalb übereinander hetzen, damit sie dieselben wirtschaftlich ausbeuten können. Die Verständigung müsse daher mit dem wirtschaftlichen Zusammenschluß der Balkanländer beginnen. Nachdem Rußland und Italien diese Entwickelung zu unterstützen versprochen hätten, sei man einen großen Schritt vorwärts gekommen. Der Kriegsminister und Generalissimus Scheffet Pascha gab Herrn Goldstein die gewünschte Versicherung, daß die „deutsche Gefahr" die eigentliche Bedrohung der Balkanländer sei — Oesterreich sei der Vorarbeiter für den deutschen „Drang nach Osten", zu dessen Bekämpfung die militärische Stärkung und der Zusammenschluß der Balkanstaaten erforderlich sei. Der Minister des Innern Talaat Bey erklärte sogar, daß die Gegensätze mit Bulgarien wegen Mazedonien nicht unüberbrückbar seien. Man werde den Mazedoniern eine gewisse Autonomie gewähren, sobald die Garantie gegeben sei, daß sie gute ottomanische Staatsbürger bleiben würden. Am deutlichsten sprach der Finanzminister Dschaid Bey, der den Abschluß günstiger Handelsverträge und die Schaffung der neuen Eisenbahnlinien als die Vorstufe des Balkanbundes bezeichnete. Jedenfalls aber würden künftig die Balkanstaaten fest auf der Seite der englisch-russisch-französischen Vereinigung stehen.

Die vier genannten türkischen Staatsmänner bilden heute tatsächlich die stärkste Stütze der jungtürkischen Herrschaft. Wenn sie sich in so bestimmter Form für die Idee des Balkanbundes erklären, so ist darin ein ernstes Zeichen der jetzigen Lage zu erkennen.

Politische Rundschau.

Dresden, den 1. April 1910.

— **Eine päpstliche Nunziatur in Berlin?** Unter allem Vorbehalt teilt das „Berliner Tageblatt" eine Hypothese mit, die angeblich in gewissen vatikanischen Kreisen an den Kanzlerbesuch geknüpft wird, indem es schreibt:

„Es gibt im Vatikan Leute, die es nicht für unmöglich halten, daß zwischen Herrn v. Bethmann-Hollweg und dem Kardinalstaatssekretär Merry del Val die seinerzeit auch von Papst Leo XIII. ernstlich erwogene Idee der Errichtung einer Nunziatur in Berlin gestreift wurde. Es sei nicht ausgeschlossen, daß früher oder später die preußische Regierung und der Vatikan sich hierüber verständigen könnten. Vatikan wie Kanzler wären an sich nicht abgeneigt, nur aus hochkirchlichen protestantischen Kreisen und seitens des Zentrums wäre Widerstand zu befürchten. Das Zentrum könne natürlich nicht wünschen, daß der päpstliche Nunzius über die Köpfe der Zentrumsführer hinweg direkt mit der Regierung verhandelt, da hierdurch das Prestige des Zentrums erheblich geschmälert werden würde."

Das sind müßige Kombinationen, die auf dem Trugschluß beruhen, als sei das Zentrum eine rein kirchliche Partei.

— **Flucht aus dem Kolonialdienste?** In der Zuschrift eines alten Afrikaners an die „Deutsche Zeitung" wird gesagt, es sei kein Geheimnis mehr, daß sowohl Oberst v. Estorff, wie auch Major Maercker und der Geheime Regierungsrat Dr. Hintrager sich mit Abschiedsgedanken trügen. Auch der „Deutschen Tageszeitung" sind ähnliche Gerüchte zu Ohren gekommen; deshalb glauben wir an diesen Mitteilungen der „D. Z." nicht vorübergehen zu sollen. Die Unzufriedenheit richtet sich gegen Dernburg und dessen Maßnahmen.

— **Familiensinn und Erbschaftssteuer.** In Ergänzung der von uns bereits angeführten wissenschaftlichen Stimmen zur Erbschaftssteuerfrage, in denen auf die Beeinträchtigung des Familiensinnes hingewiesen wird, sei noch ein der Kreuzzeitung zugehender Hinweis erwähnt. In dem Werke: „Geschichte der Philosophie seit Kant" von Dr. Otto Gramzow findet sich ein Urteil, das geradezu vernichtend ist. Es heißt dort auf Seite 663 in einer Kritik des Sozialismus:

„Ein Staat, der z. B. in Form von hohen Erbschaftssteuern einen Teil des Besitzes konfisziert, den elterliche Fürsorge für die kommende Generation aufsammelte, hat nicht mehr das moralische Recht, kommunistischem Begehren entgegenzutreten. Er untergräbt den Familiensinn und verleitet selbst zum Kommunismus."

Also auch hier ist der von liberaler Seite so viel bespöttelte „Familiensinn" bereits zu finden. Der Verfasser dürfte es mit Entschiedenheit zurückweisen, etwa konservativer Anschauungen geziehen zu werden. Für seine politische Stellung ist bezeichnend, daß er seinerzeit für die „freisinnige Volkspartei" kandidiert hat, wie sich eben auch im übrigen in seinen Schriften liberalisierende Tendenzen breitmachen. Unverständlich und nur durch parteipolitische Ziele und blinden Haß gegen alles Konservative zu erklären ist es auch nach diesem Zeugnisse, wenn man im liberalen Lager den Hinweis auf den Zusammenhang des Familiensinns mit der Besteuerung des Kindes- und Gattenerbes als eine spezifisch konservative Erfindung hinzustellen suchte.

— **Die Drittelung in den Urwahlkreisen.** Die Nationalliberalen erhoffen vom preuß. Herrenhause eine weitere Verschlechterung des Wahlrechtes. In den „Grenzboten" hat ein Abgeordneter seine Wünsche dahin zusammengefaßt: 1. Die Wiederherstellung der Steuerdrittelung in den Gemeinden; 2. die Zulassung der Auswahl von Wahlmännern in den Urwahlbezirken aus dem zugehörigen Landkreise; 3. Beseitigung der Ein- und Zweimännerwahlabteilungen; 4. eine anderweitige Regelung der Privilegien von Urwählern; 5. Vermehrung der Abgeordnetenzahl in den größeren Wahlbezirken. Die Freikonservativen machen die Forderung zu 1 zur Voraussetzung ihrer Zustimmung zum Gesetz und halten im übrigen die anderweitige Regelung der übrigen Punkte zum Teil für wünschenswert. Zu diesen Vorschlägen bemerkt die „Köln. Ztg.": „Diese Forderungen der Nationalliberalen gehen in einigen Punkten über das in Magdeburg Geforderte hinaus; ferner stellten sie noch einmal grundsätzlich das in den Vordergrund, was in den Kämpfen um die Vorlage arg vernachlässigt worden war: die Vermehrung der Abgeordnetenzahl in den benachteiligten Wahlbezirken; die direkte Wahl freilich wird nicht gefordert. Die Frage würde dann also so zu stellen sein, ob die direkte Wahl so schwer wiegt, daß dagegen die übrigen fünf Forderungen, von denen jede einzelne eine Verbesserung des Wahlrechtes will, zu leicht befunden werden müßten." Es wird also die Drittelung in den Urwahlkreisen immer mehr in den Vordergrund treten; die Nationalliberalen fordern die Beseitigung derselben und sind dann bereit, dem Gesetze zuzustimmen. Gegen diese erhebliche Verschlechterung hat sich der Abgeordnete Herold schon am 11. Februar in folgender Weise ausgesprochen: „Die Drittelung in den Urwahlbezirken ist in der Vorlage beibehalten worden. Ich glaube, daß das ein großer Vorzug der Vorlage ist, und in dieser Beziehung weiche ich vollständig von dem Abgeordneten Herrn Schiffer ab; denn gerade in der Drittelung in den Urwahlbezirken liegt das wichtigste und bedeutsamste Moment, um den plutokratischen Charakter, der in dem Dreiklassenwahlsystem vorhanden ist, wenigstens einigermaßen herabzudrücken. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Drittelung in den Urwahlbezirken drückt den Einfluß viel mehr herab, als die Maximierung (Sehr richtig! im Zentrum) und wenn Herr Abgeordneter Schiffer mit seinen Freunden diese Drittelung in den Urwahlbezirken mit solcher Entschiedenheit bekämpft, so kann das nur darin seinen Grund haben, daß sie den plutokratischen Charakter des Dreiklassenwahlsystems in keiner Weise herabgedrückt haben wollen (Sehr richtig! im Zentrum — Widerspruch bei den Nationalliberalen) und daß alles, was vorgeführt ist, nur Schein ist, weil es bei dem Dreiklassenwahlsystem — ich wiederhole dies — kein Mittel gibt, das so wirksam ist, wie diese Drittelung der Urwahlbezirke. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn die Herren hierfür eintreten und trotzdem sagen, sie wollten die unteren Klassen, die Minderbemittelten emporheben, dann heißt das einfach: „Wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß!" Wir wollen annehmen, daß die Konservativen nicht auf den liberalen Vorschlag eingehen werden, denn sonst würde die ganze Reform eine Verschlechterung sein. Bezeichnend aber bleibt das Verhalten der Liberalen unter allen Umständen.

— **Nationalliberaler Hochmut** spricht aus folgenden Worten des liberalen Schriftstellers Böttinger: „Ohne Verständigung mit den nationalen Mittelschichten und mit den Mittelparteien kann in Preußen und Deutschland nicht regiert werden, heute weniger als je. Wird der Zeitpunkt zur Vermittlung jetzt verpaßt, so muß darin eine starke Schädigung der vaterländischen Interessen erblickt und deren die Verantwortungslast dann zugeschoben werden, die in Passivität die unbefriedigende Lage herbeigeführt haben." So hieß es auch vor der Reichsfinanzreform. Der damalige Reichskanzler legte sich auf diese Phrase fest und fiel mit den Liberalen in die Grube.

— **Die Parteien und die Wahlreform.** Die „Deutsche Tageszeitung" läßt die einzelnen Parteien Revue passieren und kommt dabei zu folgendem Resultate. Die Zentrumspresse habe zwar hervorgehoben, daß es nicht zweckmäßig sei, an der Wahlrechtsvorlage, wie sie vom Abgeordnetenhause in dritter Lesung beschlossen worden ist, etwas Erhebliches zu ändern. Sie habe aber nicht erklärt, daß das Zentrum jede Aenderung ablehne oder einer irgendwie abgeänderten Vorlage die Zustimmung versagen werde. Diese Auffassung ist falsch. Der Abgeordnete Herold hat in Iserlohn eine solche Erklärung abgegeben. Die konservativen Blätter haben sich dahin ausgesprochen, daß die konservative Partei bereit sei, um den Freikonservativen und den Nationalliberalen die Zustimmung zu ermöglichen, gewisse Zugeständisse zu machen und einiges Entgegenkommen zu zeigen. Aber selbstverständlich hat dieses Entgegenkommen seine Grenzen und seine Schranken. Die der Partei nicht widersprechen und müssen andererseits Abänderungen dürfen dem grundsätzlichen Standpunkte derart sein, daß auch dem Zentrum die Zustimmung möglich bleibt. Sowohl auf konservativer Seite als auch auf der des Zentrums scheint man entschlossen zu sein, an dem gemeinsamen Vorgehen festzuhalten. Von freikonservativer Seite liegen verhältnismäßig wenig Aeußerungen vor. Es ist den Freikonservativen von Blättern, die ihnen nahestehen, zugeredet worden, daß sie nicht beiseite bleiben, sondern Anschluß an die Mehrheit suchen sollten. Demgegenüber hat ein freikonservativer Abgeordneter hervorgehoben, wie schwer das sei, und bei dieser Gelegenheit wiederholt, daß die Freikonservativen bisher hauptsächlich im Interesse konservativer Gedanken Widerstand geleistet hätten. Wir haben bereits früher dargelegt, daß das nicht richtig sei, und möchten in diesem Zusammenhange nicht darauf zurückkommen. Jedenfalls scheint man in der freikonservativen Partei nicht abgeneigt zu sein, den bisherigen ablehnenden Standpunkt preiszugeben und sich womöglich der Mehrheit anzuschließen. Die nationalliberale Presse und die nationalliberalen Redner, die sich in diesen Tagen haben vernehmen lassen, scheinen — mit einer Ausnahme — darin einig zu sein, daß sie weitere Zugeständnisse nicht machen können

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19100402/1